

seite des Lebens stehen. Die Ostdeutschen vermissen, das haben wir 1995 aus einer Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung erfahren, vor allen Dingen Sicherheit, soziale Fürsorge und entsprechende demokratische Rahmenbedingungen für diese Forderungen, während die Freiheitsrechte, die persönliche Freiheit nach wie vor für die Ostdeutschen eine nicht so wichtige Rolle spielen wie für die Westdeutschen. Diese ganze Entwicklung, diese Politikverdrossenheit, diese Distanz zum bundesdeutschen Politiksystem hat sich seither ständig in der Tendenz verstärkt. Das ist eine ernstzunehmende Entwicklung. Damit möchte ich schließen und bedanke mich für Ihr Interesse.

(Beifall)

**Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen:** Vielen Dank Frau Köhler für die Präsentation Ihrer Daten, die sich als eine gute Ergänzung zu den Ausführungen von Herrn Thomas verstehen lassen. Wir können diese als eine Grundlage für die gleich nun einsetzende Diskussion nutzen.

Ich hatte, meine Damen und Herren, darauf hingewiesen, daß ich einige wenige Bemerkungen zu dem Ablauf der heutigen Tagung machen möchte, einfach deshalb, weil das äußerst komplizierte und schwierige Thema der gegenseitigen Wahrnehmung natürlich auch von uns nur, aus verständlichen Gründen, selektiv behandelt und vorgetragen werden kann. Wahrnehmung ist und bleibt immer eine Selektion, weil wir die Komplexität des Politischen gar nicht voll erfassen können. Und gerade bei dieser Auswahl werden natürlich auch gewisse Schwachpunkte deutlich, daß bestimmte, ganz wesentliche Aspekte der gegenseitigen Wahrnehmungen hier gar nicht behandeln werden können. Zum Teil haben wir das allerdings schon in unserem ersten Bericht mit aufgenommen. Manches davon wird im zweiten noch zu berücksichtigen sein. Ich denke vor allen Dingen an das unsere Politik weit überschattende Problem der gegenseitigen Bedrohungen. Ein Phänomen, das bis in die Gegenwart hinein noch eine Rolle spielt, wenn ich an die Situation NATO-Öffnung nach Osten denke usw. Das kann hier gar nicht weiter vertieft werden. Das wäre ein solches Problem, und ich glaube, wir sollten uns im Zusammenhang mit den Wahrnehmungen im klaren darüber werden, daß gerade bei der gegenseitigen Wahrnehmung der beiden deutschen Staaten zunächst der grundsätzliche Unterschied darin besteht, daß wir es auf der einen Seite mit einer stark ausgeprägten nationalstaatlichen Betrachtungsweise zu tun gehabt haben und das vor den Hintergrund einer Demokratie im Bündnis, also pluralistisch unter Einbeziehung auch der Gesichtspunkte unserer Verbündeten. Auf der anderen Seite ein sehr stark ausgeprägtes monistisches Deutungsmuster, Resultante der ideologischen Perspektive, die zumindest auch bei Herrn Thomas immer wieder anklang. Bei den Wahrnehmungen sollte man generell vielleicht doch auch berücksichtigen, daß wir in der Bewertung sehr sehr vorsichtig sein müssen. Wenn man an bestimmte Publikationen der letzten Jahre erinnert, bei denen Überschriften im Hinblick auf Wahrnehmungsmuster der Vergangenheit u. a. lauten: „Galerie“ der entsprechend „Blamierten“ oder die „Lebenslüge der Bundesrepublik Deutschland“, da würde ich dringend davor warnen, so leicht-

fertig mit solchen Vokabeln umzugehen. Post festum, ein Zitat von Herrn Meckel haben wir schon gehört, ist es immer leichter zu sagen, wir haben recht, oder die anderen haben nicht recht behalten. Ich frage mich heute, im Jahre 1997, und das ist ja absolut aktuell, was in zwei Jahren im Hinblick auf den Euro als Wahrnehmung realistisch und was als weniger realistisch schließlich in die Geschichtsschreibung eingehen wird. Und subjektiv, glaube ich, sollte man bei den Wahrnehmungen noch eins stärker betonen. Ich habe leider aus Gründen der technischen Panne den Anfang der Ausführungen meines Kollegen Thomas nicht hören können, aber ich möchte folgendes sagen: Wir unterscheiden ja auf der einen Seite heute erkennbare Fehleinschätzungen aufgrund der nicht hinlänglichen Bewertungen oder nicht richtigen Bewertung der Daten, ich kann das nicht im einzelnen ausführen. Aber wir haben natürlich darüber hinaus auch klare subjektive Wahrnehmungsmuster, Resultate von bestimmten gezielten politischen Maßnahmen, ich denke dabei an die Integrationspolitik. Man hat bestimmte Wahrnehmungsmuster, die man propagiert, um damit eine bestimmte innenpolitische Wirkung zu erzielen auf die Bevölkerung. Aber auf der anderen Seite hat diese Integration natürlich gerade im deutsch-deutschen Deutungs- und Betrachtungsmuster eine sehr große Rolle gespielt, auch im Hinblick auf die jeweilige Ablenkung. Und etwas, was bei Herrn Thomas schon anklang, wird uns auch weiterhin zu beschäftigen haben: Es ist nicht nur subjektiv die Fehleinschätzung, daß man mit subjektiven Wahrnehmungsmustern eine spezifische Politik der Integration verfolgen will, sondern es gibt auch Bereiche, in denen man bewußt bestimmte Daten nicht zur Kenntnis nehmen will oder kann, ich sage aber bewußt: auch nicht will, etwa, das war bei Herrn Thomas schon angesprochen worden, die terroristischen Methoden, die in der DDR nach 1949 eingeführt worden sind, und wie sie bei uns im Westen wahrgenommen worden sind. Oder die mangelnde Wahrnehmung oppositioneller Strömungen in der ehemaligen DDR. Auch das war vielleicht taktisch eine bewußte Haltung. Und eine letzte Bemerkung. Die Schwierigkeit zwischen subjektiven und objektiven, also realistischeren Faktoren zu unterscheiden, auch darüber müßte man sich mehr Gedanken machen, als wir das hier können. Ich möchte das an einem einzigen Beispiel verdeutlichen, vor dem Hintergrund dessen, was ich mit den Stichwort Bedrohungssyndrom schon angedeutet habe. Vielleicht, meine Damen und Herren, wenn man die Wahrnehmungsmuster Ost und West nimmt im Hinblick auf das deutsch-deutsche Verhältnis, bezogen auch auf die Daten, die eben Frau Köhler hier vorgetragen hat, mag man post festum zu dem Ergebnis kommen können, daß wahrscheinlich die Bedrohung realer für die DDR-SED-Führung in der wirtschaftlichen Attraktivität, in der Überlegenheit des anderen Systems, obgleich man das nicht zugegeben hat, lag und weniger in dem, was man immer herausgestellt hat, und zwar auf beiden Seiten, nämlich in der militärischen Bedrohung. Ich sagte ja, das ist ein Kapitel sui generis. Auch darüber wird man später einmal zu befinden haben, ob man realiter wirklich beiderseits bedroht war oder ob man diesen Bedrohungsfaktor nicht auch sehr stark benutzt hat als Integrationsfaktor und auch als Moment für den Zusammenschluß Europas, für stärkere Rüstungsmaßnahmen, die aus der subjektiven Sicht möglicherweise

berechtigt zu sein schienen. Darüber hinaus muß man auch im Hinblick auf die Bilder, die werden uns ja heute nachmittag noch beschäftigen, differenzierter nachdenken, wenn ich an die verschiedenen propagierten Feindbilder denke, bis hin zum totalen Feind, und dann die Realität dagegenhalten. Das wäre vielleicht auch interessant gewesen bei Frau Köhler, ich weiß nicht, ob solche Daten vorliegen, wie weit eine Diskrepanz bestand zwischen dem propagierten Feindbild, „Klassenfeind“ auf der westdeutschen Seite und auf der anderen Seite. Wie weit z. B. die Jugend in der DDR von diesem propagierten Klassenfeindbild eigentlich doch Abstand genommen hatte, oder es gar nicht wahrgenommen hatte als wirkliches Feindbild. Wir haben das in Polen gesehen, wir haben das in der Sowjetunion prüfen können, daß die propagierten Feindbilder in der jungen Generation, die davon in erster Linie betroffen war, gar nicht so perzipiert wurden, wie es die politische Führung gern gesehen hätte. Soweit nur einige Bemerkungen.

Leider ist die Zeit doch begrenzt, und ich würde mich freuen, wenn wir jetzt noch in einer Dreiviertelstunde einige Fragen an beide, an Frau Köhler und Herrn Thomas, stellen könnten. Meine herzliche Bitte an die Mitglieder der Enquete-Kommission, daß sie zunächst einmal, sofern Sie Fragen haben, eine Frage stellen, und zwar an eine oder an einen von den Referenten und nicht gleich mit einem ganzen Katalog aufwarten, denn eine Dreiviertelstunde Zeit bedeutet, daß wir ja am Schluß noch ein wenig die Möglichkeit haben müßten, Antworten zu bekommen von Frau Köhler und Herrn Thomas. Zunächst also, ich glaube, Herr Kowalczuk, Herr Markus Meckel. Eine Frage, ich wäre dankbar, wenn Sie sich darauf konzentrieren könnten.

**Abg. Markus Meckel (SPD):** Leider können Sie mir nicht dankbar sein, weil ich zwei Fragen stellen möchte. Es gehört ja zu unseren Regelungen, daß wir auch diskutieren miteinander. Aber ich stelle jetzt wirklich zwei konkrete Fragen, und zwar, einmal: Ich kenne die methodische Schwierigkeit. Aber kann man Aussagen darüber machen, wie die Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie im Osten Deutschlands vor 1989 war, in den ersten zwei Jahren nach 1990 und wie sie heute ist? Also die Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie als System. Denn mein Eindruck ist, daß im Osten Deutschlands wie eben früher, vor 1989, Politik und System oft identifiziert werden, auch im Denken identifiziert werden, d. h. bei einer schlechten Politik gesagt wird, es sei ein schlechtes System. Aber das ist eine Vermutung. Das zweite. Gibt es durch Rückfragen oder durch Einschätzungen Erkenntnisse darüber, an welchen Themen und Kriterien die Bewertungen jeweils hängen, insbesondere die Bewertung im Westen gegenüber den Menschen und der Situation im Osten, aber auch andersherum, ich will jetzt nicht dieses ständige Stichwort Ossi/Wessi, weil das zu stark vereinfacht, aber an welchen Kriterien und Themen wird das festgemacht, wenn Bewertungen jeweils getroffen werden?

**Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen:** Vielen Dank Herr Meckel, das waren zwei Fragen, aber kurze Fragen, insofern, glaube ich, kann man es akzeptieren. Ich gehe davon aus, daß wir noch eine Liste haben, und

ich wäre dankbar, wenn wir diese Liste zunächst einmal abschließen könnten. Ob wir dann noch eine zweite Runde haben können, wird sich herausstellen. Als nächste stehen Herr Poppe, Herr Wilke, Herr Mocek, Herr Gutzeit, Herr Kowalczuk und Herr Faulenbach auf der Liste. Damit möchte ich diese erst einmal abschließen. Herr Poppe bitte als nächster.

**Abg. Gerd Poppe (Bündnis 90/Die Grünen):** Meine erste Frage geht an Herrn Thomas. Sie haben festgestellt, daß die Wahrnehmung der politischen Opposition sehr gering war in der Bundesrepublik. Andererseits lag ja eine Vielzahl von Informationen vor, wenn man einmal an die in der DDR akkreditierten Journalisten oder an die vielfältigen Besuche von Abgeordneten wie Petra Kelly oder an das Netzwerk Ost-West-Dialog denkt, das ganze Broschüren herausgegeben hat über die gegenseitigen Beziehungen. Offensichtlich ist ja weder von der DDR-Forschung noch vom „Zeit“-Feuilleton das, was dort vorlag, überhaupt aufgegriffen worden. Deshalb meine Frage: Ist es so gewesen, daß ein bestimmter Teil der westdeutschen Linken in dieser Frage eine Meinungsführerschaft hatte, der vielleicht ein Desinteresse bei einem großen Teil der Bevölkerung entgegenkam, also desjenigen Teils der Linken, der in irgendeiner Weise sich die DDR schöngesehen hat und der in besonderem Maße auch sich öffentlich bemerkbar gemacht hat? Denn es fällt ja auf, daß die von Ihnen Genannten eine günstigere Sicht auf die Verhältnisse in der DDR im Westen verbreitet haben, als der Bevölkerungsdurchschnitt nach den statistischen Zahlen hier selbst hatte. An Frau Köhler in dem Zusammenhang die Frage: Wie detailliert sind Ihre Informationen gewesen, die Sie der Bundesregierung übermittelt haben? Waren sie so in der Art, wie Sie sie hier vorgetragen haben, dann sind sie natürlich sehr allgemein und nicht besonders gut handhabbar für die speziellen Aufgaben der Politik gewesen. Wie hat, wenn sie detaillierter waren, die Bundesregierung reagiert, hat sie überhaupt reagiert? Und zum Schluß noch zu diesen Zahlen aus den 90er Jahren. Ich habe große Zweifel, ob man sie in dieser absoluten Weise benutzen darf, vor allen Dingen die Zahlen, in denen nachträglich 1990 oder 1993 sich die Einstellung so weit änderte, daß die Hälfte der Ostbevölkerung die DDR mittlerweile schon positiv sah, nachdem es vorher etwa 20 % waren. Muß man die Zahlen nicht als Relation sehen, Relation der Haltung zur Bundesregierung? Hat man sie nicht immer gemeinsam zu sehen, nicht als absolute Größen?

**Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke:** Ich habe eine Anmerkung zu Herrn Thomas. Die Frage nach der Opposition in der DDR war ja nur eine Dimension, die die DDR-Forschung nicht in dem Maße interessiert hat, wie sie sie hätte interessieren sollen. Auch die Versuche, einen Überblick zu geben über die Entwicklung der Opposition – Stichwort Charta 77, Vorbereitung von Solidarność, die ungeheuer wichtige polnische Verfassungsdebatte von 1975, in der die Polen immerhin einschließlich der Kommunisten es abgelehnt haben, die ewige Freundschaft zur Sowjetunion in der Verfassung zu verankern –, alle die Versuche, so etwas in der Bundesrepublik einem größeren Publikum nahezubringen, und ich weiß, wovon ich da spreche, waren von relativ begrenztem Erfolg. Und vor allen Dingen würde ich noch einmal von Ihnen gerne wissen

wollen, wieso die Kollegen der DDR-Forschung diese Interdependenz zwischen der Opposition in Ostmitteleuropa und in der DDR, ja man muß fast sagen, ignoriert haben. In dem Zusammenhang zwei ganz praktische Probleme. Wer z. B. den Versuch unternahm, Robert Havemann im Westen zu publizieren, hatte als Konsequenz natürlich Einreiseverbot und anderes mehr. Wer auf der anderen Seite die Position von Robert Havemann von 1978 ernstnahm, hat wie ich mit dem Rowohlt-Verlag heftig streiten müssen, daß die Einschätzung von Robert Havemann: ich denke nicht daran, aus der DDR wegzugehen, wo man zusehen müsse, wie das Regime zusammenbreche, in dem Buch gedruckt wurde, weil diese Position 1978 so absurd und jenseits der Wirklichkeit erschien, daß die westdeutschen Lektoren gemeint haben, wir wollen Havemann schützen und diese Verrücktheit nicht drucken. Diese Frage der politischen Konsequenzen, die sich aus Wahrnehmungen ergeben, wie hoch veranschlagen Sie die Schwelle? Eine letzte Frage im Zusammenhang mit der Wahrnehmung. Sie haben über alle möglichen Wahrnehmungsmuster in der Geschichte in beeindruckender Weise referiert. Meiner Meinung nach fehlt in Ihrer Auflistung ein Wahrnehmungsmuster oder besser die Rechtslage in der Bundesrepublik, die in der Regel als propagandistischer Anspruch wahrgenommen wurde. Das war das Muster, das das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland über die deutsche Frage und ihre Offenheit formuliert hatte. Es waren ja gerade die Juristen, die Staats- und Völkerrechtler, die immer wieder darauf hingewiesen hatten, daß die deutsche Frage offen sei. Ich möchte an Andreas Hillgruber erinnern, der 1987 sein Buch über die deutsche Frage in der Weltpolitik damit abschloß, daß er kühl und nüchtern konstatierte, die Grundsituation Deutschlands ist immer noch die von 1945. Die Fragen sind offen, weltpolitisch, aber die Entwicklung in den beiden Gesellschaften sind so weit auseinandergesgangen, daß es durchaus fraglich ist, wie lange diese Frage gesellschaftlich noch offen ist. Diese Problematik der juristischen Normierung des Kernstaates Bundesrepublik war bis 1989 gewissermaßen eine Glaubens- oder eine Standpunktfrage, aber dann plötzlich 1989/90 wurde sie zu einer ganz praktischen Frage. Ich erinnere nur an die Debatte über Art. 23 oder Art. 146 vom Februar 1990. Das heißt, welche Bedeutung genoß diese juristische Wahrnehmung, diese Kernstaatkonstruktion in der Wahrnehmung der westdeutschen Politik oder auch in der westdeutschen Forschung? Das wäre meine Frage an Sie in dem Punkt.

**Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen:** Vielen Dank Herr Wilke. Herr Mocek als nächster.

**Sv. Prof. Dr. Reinhard Mocek:** Ich habe zu jedem der beiden, wie ich finde, sehr informativen Vorträge eine Frage. Zunächst Herr Thomas. Sie sprachen davon, daß von 1970 bis 1989 eine starke Veränderung der Wahrnehmungsmuster stattgefunden habe, und nannten dabei die Konvergenztheorie. Meinen Sie wirklich, daß die Konvergenz von den Bürgern der DDR wahrgenommen wurde, also so etwas wie eine Konvergenz der beiden deutschen Staaten im Bewußtsein der Bürger sich niedergeschlagen habe? Ich würde das verneinen. Mich würde aber Ihre Antwort sehr interessieren. Frau Köhler, die gegenseitig-

gen Einschätzungen, die Sie brachten, selbstbewußt, überheblich und obrigkeitshörig, leicht beeinflubar usw., ist das deutbar als Reflex auf Medienbilder? Sie hatten zu Ihren methodischen Voraussetzungen genannt: teilnehmende Beobachtung. Da müßte das doch beantwortbar sein, ob hier auf Medien reagiert wird, oder ob das wirklich die empirische Wahrnehmung des Bürgers in Ost und West war?

**Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen:** Vielen Dank, Herr Gutzeit als nächster bitte.

**Sv. Martin Gutzeit:** Zuerst eine Frage an Frau Köhler.

(Hinweis: Das Folgende aus technischen Gründen – Bandfehler – unverständlich)

**Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen:** Vielen Dank, als vorletzter in der ersten Runde Herr Kowalczuk bitte.

**Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk:** Frau Köhler, wir haben bei verschiedenen anderen Anhörungen schon des öfteren solche Untersuchungen präsentiert bekommen wie die, die Sie uns heute vorgestellt haben, und es wird Sie sicherlich nicht überraschen, daß da auch immer Widerspruch aufkommt bzw. eine gewisse Überraschung entsteht. Mich hat z. B. sehr überrascht, daß 70 % der ehemaligen Ostbürger der Meinung sind, daß die Idee des Kommunismus gut ist, aber nur schlecht ausgeführt wurde. Da könnte man noch andere Dinge anführen. Aber was ich nun überhaupt nicht glauben will, daß, wie Sie sagen, 1987 2,6 Millionen DDR-Bürger in den Westen fuhren. Da würde ich gerne einmal von Ihnen eine Präzisierung haben wollen, ob da auch Mehrfachreisen mitgezählt worden sind. (Zwischenruf) Mich würde aber in dem Zusammenhang interessieren, ob Sie auch Zahlen von 1997 haben. Das sind ja Zahlen von 1993 gewesen, die letzten, die Sie uns präsentiert haben, und da ist ja nun doch auch in den letzten vier Jahren eine ganze Menge passiert. Könnten Sie uns da auch noch einmal Angaben geben? Die zweite Frage, die ich habe, richtet sich an Herrn Thomas. Sie haben relativ eindrucksvoll diesen Wandel des DDR-Bildes in der Publizistik und in der Wissenschaft dargestellt und bekannte Namen genannt wie Richert, Lange oder Peter Christian Ludz. Mich würde Ihre Einschätzung interessieren, wie sich das Bild, das DDR-Bild, seit 1990 in der Öffentlichkeit gewandelt hat, auch in der Forschung. Ferner möchte ich wissen, welche wichtigen Faktoren Sie für einen Wandel sehen, sofern Sie der Auffassung sind, daß es einen Wandel gab, und zwar welche Faktoren es jenseits des Faktums gab, daß die Archive sich geöffnet haben. Dankeschön.

**Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen:** Vielen Dank Herr Kowalczuk. Herr Faulenbach bitte noch als letzter in der ersten Runde.

**Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach:** Ich habe zunächst eine Verständnisfrage an Frau Köhler. Was haben Sie, bezogen auf die früheren DDR-Bürgerinnen und -Bürger, nach 1990 gefragt? Haben Sie gefragt: Wie beurteilen Sie heute das

DDR-System? Oder haben Sie gefragt: Waren Sie ein Anhänger des DDR-Systems? Das war nicht ganz klar in dem, was Sie hier vorgetragen haben. Vielleicht haben Sie beides gefragt, dann wäre es interessant zu wissen, inwieweit die Antworten auf beide Fragen miteinander zusammenhängen.

Dann eine mehr inhaltliche Frage, an Frau Köhler und auch an Herrn Thomas. Was dominiert aus Ihrer Sicht eigentlich, was die breite Masse der Bevölkerung angeht, das Bild der DDR bei den Westdeutschen? Ist es nicht doch, jedenfalls Ihre Umfragen legen den Eindruck nahe, letztlich das politische System, das eine dominierende Funktion hat, außer bei einem bestimmten kleinen Kreis? Und umgekehrt: Was dominiert eigentlich das Bild des Westens bei den DDR-Bürgerinnen und -Bürgern? Ist es nicht, insgesamt gesehen, eher der Wohlstand? Könnte man dies, bezogen auf die Masse der Bevölkerung, sagen?

Dann eine letzte Frage an Herrn Thomas. Selbstbild und Fremdbild gehören erfahrungsgemäß zusammen. Inwieweit ist aus Ihrer Sicht das Selbstbild der Bundesrepublik phasenabhängig gewesen von der DDR? Oder gab es eine derartige Abhängigkeit in keiner Phase? Oder läßt sich sagen, daß sie am Anfang gering war und auf die Dauer noch geringer wurde? Doch sehr viel spannender ist die Frage, inwieweit das Selbstbild der DDR abhängig von der Bundesrepublik war? Ist vielleicht gerade soziale Identität in der Gegenüberstellung zur Bundesrepublik entwickelt worden, während die Herausbildung einer politischen Identität geradezu erschwert wurde durch die Existenz der Bundesrepublik, so daß wir eine gespaltene Reaktion auf den „Westen“ annehmen müßten? Also wie sieht das Wechselverhältnis von Selbstbild und Fremdbild aus?

**Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen:** Vielen Dank Herr Faulenbach. Ich möchte mich bei den Mitgliedern der Enquete-Kommission zunächst noch einmal bedanken, daß sie den Drang nach Fragen gezügelt haben, wengleich Sie es auch nicht auf zwei gebracht haben, aber ich hoffe, daß wir das in der Zeit jetzt, wir haben noch 25 Minuten, in der Weise bewältigen können, daß Frau Köhler zunächst die Möglichkeit bekommt, die an sie gerichteten Fragen zu beantworten und dann Herr Thomas. Bitteschön Frau Köhler.

**Dr. Anne Köhler:** Es ist etwas schwierig, die Fragen jetzt wirklich hinreichend zu beantworten, denn dann brauchten wir den ganzen Nachmittag. Aber ich will ein paar Stichworte jeweils dazu geben, was ich mir hier notiert habe, der Reihe nach, wie die Fragen gestellt wurden. Also zunächst zu den Feindbildern der Jugend in der DDR. Die sind zwar etwas geprägt worden durch das System. Die Jugend in der DDR, also die unter 25-jährigen, war immer etwas systemfreundlicher als die Erwachsenen. Aber das kippte dann in dem Moment um, wenn die Jugend in das Berufsleben eintrat und mit den Realitäten konfrontiert wurde, und die Mehrheit der Jugend war auch stets gegen das System eingestellt. Also sie zeigten nur relativ eine größere Systemidentifikation im Vergleich zu den erwachsenen DDR-Bürgern, aber auch für sie galt die Orientierung an der Bundesrepublik. Politik und System sind sehr stark vermischt worden bei dem Normalbürger, das ist ganz klar, das System wird anhand der

erlebten Politik beurteilt, und insofern haben Sie da eine sehr starke Identifikation in den Urteilen. An welchen Themen Bewertungen festgemacht werden, das ist natürlich äußerst unterschiedlich. Das hängt von der aktuellen Situation ab, und das hängt vom Thema ab, also da kann ich leider keine generalisierende Antwort geben. Zu der Qualität der Analysen: Wir haben sehr ausführliche, umfangreiche, durch Zitate belegte, durch entsprechende historische Rückblicke, durch Zeitchronik usw. belegte Analysen geliefert. Die Gründe für die Verschlußsache waren, daß man davon ausgegangen ist, daß bei einer Publikation die Forschung im Handumdrehen eingestellt werden muß, weil dann die DDR-Seite natürlich protestiert hätte. Wir hatten einmal im Suhler Tagblatt so einen Warnschuß bekommen, da haben sie von uns einen Teil eines Fragebogens publiziert, das war etwa Anfang der 80er Jahre. Aber im Grunde war es der Umstand, daß man damit nicht die DDR provozieren wollte. Wir können jetzt nicht sagen, in welcher Sache, in welchem Maße diese Analysen ernstgenommen worden sind. Ich habe den Eindruck, sie sind eigentlich zu wenig berücksichtigt worden, und vermutlich hat sie der Osten viel aufmerksamer gelesen als der Westen. Zu den Analysen selber: Sie sind im Moment noch in München. Sie werden in den nächsten Wochen hier in Berlin archiviert und sind dann einsehbar. Sie können sich dann an unsere Münchner Tochtergesellschaft hier wenden, Infratest Berlin; Herr Hilmer sitzt dort, er ist der Geschäftsführer von Infratest Burke Berlin und kann Ihnen nach Bedarf Materialien zugänglich machen. Wir haben eine unendliche Bandbreite an Themen erfaßt, haben auch einen Schlagwortkatalog und haben archiviert, es ist also leicht auffindbar von den Themen her für den, der größeres Interesse hat. Das Bewußtsein der Konvergenztheorie war sehr wohl bei der DDR-Bevölkerung verbreitet, denn wir haben immer wieder festgestellt, wie weit der Wunsch nach der Wiedervereinigung vorhanden war; das haben wir in der Expertise über Nationalbewußtsein und Identitätsgefühl für die erste Enquete-Kommission ausführlich niedergelegt. Da ist auch ausgeführt, welche Vorstellungen man hatte zu möglichen politischen Konstellationen und welche man für wünschenswert gehalten hätte, die erwartbare und die wünschenswerte. 1990, das war dann bereits eine Direkterhebung. Das Überraschende war für uns, daß eine hohe Übereinstimmung herrschte, wie man sich gegenseitig sah, die sicherlich durch die Medien mit geprägt worden ist, wie ich überhaupt der Meinung bin, daß die Medien hier eine ganz entscheidende und nicht immer sehr glückliche Rolle gespielt haben, wenn man Ost und West gegenüberstellt. Aber dazu kommen dann auch eigene Erfahrungen in 1990, die man bei den ersten Begegnungen gemacht hatte und die dann vielleicht noch vordergründig waren, aber entsprechende Bilder noch einmal bestärkten, eben auch aus der selektiven Wahrnehmung heraus, vermutlich.

Dann Herr Kowalczuk. Ich weiß nicht, auf welche Daten Sie sich beziehen, wenn Sie sagen, wir haben öfter so etwas gehört. Diese Art von empirischen Daten über die DDR, die sind völlig singulär. Es gibt keine vergleichbare Forschung weltweit, und wenn Sie hier Daten vorgestellt haben aus der DDR-Forschung, da kann ich nur sagen, daß da doch eher nennenswerte Vorbehalte



zu machen sind, weil die von der Repräsentativität her, auch die Jugendstudien usw., die hier angeführt worden sind, große Einschränkungen verdienen. Da können wir uns auch noch einmal (Zwischenruf)...

Moment, nach der Wende haben sie geforscht? Auf welche Daten? Ach so, ich kenne die Daten nicht. Wir haben nach demselben Schema gefragt, wie wir während der 22 Jahre DDR-Forschung gefragt haben, um dazu auch Vergleichsdaten zu gewinnen; die sind auch dargestellt in dem erwähnten Bericht. Wir haben also nicht gefragt, wie man heute das System einschätzt, sondern, Herr Professor Faulenbach, die eigene Identifikation im Rückblick zu dem System erfaßt. Wir haben das als Gradmesser genommen zur im Grunde Verklärung dieses Systems und als Pendant zu der stärkeren Distanz, die sich jetzt gegenüber dem bundesrepublikanischen System einstellte, das zwangsläufig in Teilbereichen enttäuschen mußte, weil die vorherige kritiklose Zustimmung zu den angenommenen Qualitäten des bundesdeutschen Systems revidiert wurde. Und wir haben auch die Daten aus der Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung: Wenig bis gar kein Vertrauen in die Parteien hatten zu dem Zeitpunkt 1995 63 % der Ostdeutschen und 60 % der Westdeutschen, Vertrauen in die Regierung 48 % der Ostdeutschen, 43 % der Westdeutschen, gar kein Vertrauen 30 % der Ostdeutschen, die unzufrieden sind mit den Rahmenbedingungen der bundesdeutschen Demokratie. Da kann man natürlich sagen, 70 % sind zufrieden, das ist immer dieses berühmte Halbvoll oder Halbleer. Aber das sind eigentlich Daten, die vergleichsweise negative Tendenzen schon klar abzeichnen, und die 96er und 97er Daten werden Sie heute nachmittag hören.

**Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen:** Gut, vielen Dank Frau Köhler. Herr Thomas, bitteschön.

**Rüdiger Thomas:** Zuerst möchte ich auf die Frage nach der Demokratieakzeptanz der Ostdeutschen antworten, die ja Herr Meckel, Herr Poppe und Herr Kowalczuk angesprochen haben. Umfragen sind faszinierend, aber sie sind auch gefährlich, weil sie die Realität teilweise sehr einseitig abbilden. Der Punkt ist mir sehr wichtig. Ich sage, daß ich in dieser Frage eine ganz andere Wahrnehmung habe als Frau Köhler. Ich glaube, daß die Demokratieakzeptanz in der Bevölkerung in den neuen Bundesländern außerordentlich hoch ist, daß aber die Systemdistanz ebenfalls sehr groß ist. Damit meine ich, das haben Sie auch angesprochen, Herr Faulenbach, die Enttäuschung über eine unzureichende Leistung des politischen Systems in der Bundesrepublik im Vergleich zu den eigenen Erwartungen. Wenn man Demokratieakzeptanz mißt als die Übereinstimmung mit demokratischen Grundprinzipien, gerade auch mit liberalen Grundprinzipien, also Recht auf freie Meinungsäußerung, Demonstrationsrecht, Parteienwettbewerb, Chance des Machtwechsels, Verteidigung der Opposition, haben wir andere Umfragen, sie sind im „Datenreport 1997“ dokumentiert, die zu dem überraschenden Ergebnis kommen, daß Demokratieakzeptanz, so gemessen, in der früheren DDR-Bevölkerung sogar noch etwas höher liegt als in der westdeutschen Bevölkerung und einen Deckelwert von nahezu 95 % erreicht (a. a. O., S. 614). Unbestritten ist, und das hängt auch

damit zusammen, daß die Enttäuschung über die soziale Sicherungsleistung des westdeutschen Systems in der Bevölkerung in den neuen Bundesländern erheblich größer ist als in der westdeutschen Bevölkerung. Hier gibt es einen deutlichen Unterschied, übrigens auch in der Demokratiezufriedenheit. Hier sind die Werte aus dem Eurobarometer 62 % in Westdeutschland zu 38 % in Ostdeutschland (für 1994). Aber ich würde diesen niedrigen Wert einer Zufriedenheit mit der Demokratie in der ostdeutschen Bevölkerung eher darauf zurückführen, daß sie überhöhte Erwartungen hatten, als sie in die deutsche Einheit hineingekommen sind, und daß insofern dieser niedrige Wert eher eine bestimmte Enttäuschung, teilweise auch eine Frustration abbildet, als daß man daraus ableiten dürfte – das hat Frau Köhler nicht getan, aber das könnte in einer flotten journalistischen Berichterstattung herauskommen –, daß die Bevölkerung in den neuen Bundesländern im Hinblick auf ihre demokratische Gesinnung insgesamt unzuverlässiger sei als die westdeutsche Bevölkerung. Ich kann das aus Daten, die ich kenne, nicht bestätigen. Sie sollten diesen Punkt heute nachmittag genau im Auge behalten. Wenn das als Widerspruch erscheint, löst er sich meines Erachtens weitgehend dadurch auf, daß man hier tatsächlich zwischen Systemakzeptanz und Demokratieakzeptanz unterscheiden müßte.

Ein zweiter wichtiger Punkt war die Frage nach der Opposition. Herr Poppe, ich glaube, man müßte hier auch die Zeit genauer im Auge halten. Es war, denke ich, nicht nur ein Problem der Linken, die sicherlich in den 70er Jahren aus einer gewissen naiven Erwartung an eine Annäherung der Systeme Störfaktoren sozusagen beiseite zu drücken versucht hat. Es gibt gerade seit Mitte der 80er Jahre, denke ich, eher sogar in Teilen der Linken, ein gewachsenes Interesse an der Opposition. Ich habe nicht ohne Grund „Niemandland“ erwähnt, weil das ja im Grunde eine Wahrnehmung ist, die eher aus diesem linken Spektrum kommt. Ich denke, es ist weniger richtungsabhängig gewesen als wirklich personenabhängig, und es hing meines Erachtens entscheidend davon ab – das wird Herr Wilke mir bestätigen, und ich habe das auch in meiner eigenen Biographie registriert –, mit welchen Personen und mit welchen Gruppen man in der DDR kommuniziert hat. Ich behaupte, wer sich einmal intensiv auf diese oppositionellen Milieus eingelassen hat, dem mußten die Augen geöffnet werden. Und es war im Westen auch bei vielen, auch bei vielen DDR-Forschern, nicht einfach eine Frage des politischen Opportunismus, daß durch selektive Wahrnehmung bestimmte Dinge ausgeblendet worden sind, sondern es war vielfach auch der Umstand, daß sie der Suggestion der Kommunikation erlegen sind. Wenn Sie bedenken, daß viele westdeutsche Wissenschaftler Anfang der 70er Jahre erste Möglichkeiten hatten, mit ostdeutschen Sozialwissenschaftlern in Kontakt zu treten, dann hat ohne Zweifel die Furcht, daß solche Kontakte blockiert werden könnten, wenn politisch unerwünschte Themen angesprochen würden, eine große Rolle gespielt. Sie haben sich sozusagen selbst Tabus errichtet, sie haben aber nicht die Realität verfälscht, indem sie in der Wahrnehmung der Opposition die Partei der SED ergriffen haben. Wer in die politischen Archive geht, findet dort teilweise Fehl-

einschätzungen von Politikern, die weiter gehen als das, was man in der DDR-Forschung vertreten hat. Zur Konvergenztheorie: Ich denke schon, Herr Mocek, daß die Neigung, sich der Systemperspektive, der gesellschaftlichen Entwicklung in einer technizistischen Sicht zuzuwenden, in Deutschland eine große Suggestionskraft hatte, zumal in den 70er Jahren, als sozusagen die Reformillusionen verraucht waren, auch weil man sich mit diesem Sachzwangdenken gewissermaßen ein Stück weit suspendieren konnte von der Notwendigkeit, eigene politische Konzepte zu entwickeln. Ich bin in der Tat der Meinung, daß es eine Fehlwahrnehmung vieler Kritiker der alten DDR-Forschung ist, daß sie den sozialismusspezifischen Motivationshintergrund überschätzen und diesen technokratischen Ansatz, der eben auch im Industriegesellschaftskonzept zum Ausdruck kommt, dabei vernachlässigen. Deswegen habe ich das so stark akzentuiert. Es ist ja auch interessant, daß die Rezeption dieser Konvergenztheorie in der bundesdeutschen DDR-Forschung später erfolgt ist, als sie kreierte worden ist, damals ja auch mit Bezug auf erste Ansätze einer sowjetischen Wirtschaftsreform.

Hiermit wäre ich bei einer wichtigen Frage von Herrn Wilke. Ich glaube, daß es ein entscheidendes Manko der westdeutschen Kommunismusforschung war, daß die Osteuropaforschung und die DDR-Forschung viel zu wenig Verbindungen hatten. Ausnahmen gab es eigentlich hauptsächlich in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung, wenn man hier einmal an Karl Thalheim erinnert, der auch im Forschungsbeirat, den ich eben erwähnt habe, eine wichtige Rolle gespielt hat.

Daß das Grundgesetz, das Wiedervereinigungsgebot ein wichtiges Wahrnehmungsmuster war, glaube ich nicht. Man mag das beklagen, aber ich denke schon, daß für die meisten die Wiedervereinigung über sehr lange Zeit eine illusionäre Perspektive war, daß Offenheit der deutschen Frage, sozusagen der Kern des Bundesverfassungsgerichtsurteils, demgegenüber eine Angelegenheit war, mit der die wenigsten Probleme hatten, wenn man einmal davon absieht, daß sich einige Politiker am Ende der DDR auf das Glatteis einer Diskussion über eine eigene DDR-Staatsbürgerschaft begeben haben. Ein Punkt, den ich noch aufnehmen muß, ist die Frage nach dem DDR-Bild der Westdeutschen und nach dem Selbstbild der Ostdeutschen. Ich glaube, daß die DDR für die Westdeutschen im Hinblick auf ihr eigenes Selbstbild nur in der frühen Zeit eine wichtige Rolle gespielt hat. Aber vermutlich war hier die Sowjetunion stärker bedeutsam. Man wird nicht leugnen können, das kann man auch ganz nüchtern sehen, daß in der frühen Zeit, als das demokratische Bewußtsein in der Bundesrepublik nicht sehr stark ausgeprägt war, ein Freund-Feind-Denken und damit eben auch ein essentieller Antikommunismus eine wichtige Legitimationsgrundlage gewesen ist. Hier hat sich ja etwas gewandelt im deutschen Beziehungsgeflecht. Herr Jacobsen hat von Bedrohungsvorstellungen gesprochen. Natürlich spielte in dieser frühen Zeit dieses Moment der Bedrohung eine große Rolle, wenn Sie an den Koreakrieg denken, auch an das Berlin-Ultimatum. Wichtig finde ich, daß man in diesem Zusammenhang auch daran erinnert, daß ja Anfang der 80er Jahre noch einmal ein merkwürdiger

Vorgang die deutsche Politik gemeinsam beschäftigt hat, nämlich die Frage, ob es im Hinblick auf die Vermeidung von unmittelbaren Bedrohungen nicht so etwas wie eine „Verantwortungsgemeinschaft“ geben könnte und geben müßte. Das hat vielleicht in der breiten Öffentlichkeit nicht so große Wirkungen gehabt wie die Friedensbewegungen, und die Frage der Korrespondenz der Friedensbewegungen Anfang der 80er Jahre in beiden deutschen Staaten ist meines Erachtens auch eine wichtige und bisher unerforschte Frage. Hier hat sich ja auch gezeigt, daß einige Intellektuelle in der DDR, ich denke an Günter de Bruyn und an die erste Berliner Begegnung zur Friedensförderung, mit ihrem Argument, man kann nicht alle Verantwortung an Kriegsrisiken der einen Seite zuschieben, in der Ost-West-Wahrnehmung doch eine wichtige Verschiebung herbeigeführt haben.

Daß in der DDR-Bevölkerung das Selbstbild sehr stark von der westdeutschen Beziehungsgesellschaft beeinflußt worden ist, würde ich nachhaltig behaupten, und daß diese Tendenz zugenommen hat, auch. Sie war in den 50er Jahren sicherlich weniger ausgeprägt. Interessant ist, daß, soweit es Untersuchungen über Selbst- und Fremdbilder in der DDR gegeben hat – mit den Einschränkungen, die man gegenüber sozialwissenschaftlicher Forschung in der DDR machen muß –, sich am Ende der DDR in der Jugendforschung gezeigt hat, daß das Fremdstereotyp der Bundesdeutschen positiver war als das Selbstbild der DDR. Das ist ein markantes Beispiel dafür, daß der Erosionsprozess in der Akzeptanz des DDR-Systems in den 80er Jahren, das kann man auch mentalitätsgeschichtlich zeigen, dramatisch fortgeschritten ist. Ich hoffe, ich habe jetzt keine Frage übersehen.

(Beifall)

**Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen:** Ja, vielen Dank auch Ihnen, Herr Thomas. Ich glaube, meine Damen und Herren, es war ein guter Auftakt für unsere Gesamtkonferenz, und es ist schon ansatzweise etwas von den Schwierigkeiten deutlich geworden, heute, aus unserer Sicht nun richtig einzuschätzen, wie die Wahrnehmungen damals gewesen sind im Hinblick auf das Verhältnis der beiden deutschen Staaten. Wir werden das heute nachmittag fortsetzen. Bevor ich Herrn Hiller das Wort zur Verabschiedung dieser ersten Runde gebe, möchte ich mich bei Frau Köhler und Herrn Thomas ganz herzlich bedanken für ihre Ausführungen und für die Beantwortung der Fragen. Herr Hiller.

**Amtierender Vorsitzender Reinhold Hiller (Lübeck):** Ja, meine Damen und Herren, mir bleibt gar nicht mehr viel übrig, als darauf hinzuweisen, daß die Mittagspause, wie im Programm vorgesehen, von 12.30 bis 13.30 Uhr dauert. Wir treffen uns dann 13.30 Uhr hier wieder. Im Hause gibt es nur Kleinigkeiten zu essen, unten in der Cafeteria oder hier im Vorraum. Eine schöne Mittagspause wünsche ich.

**Amtierender Vorsitzender Reinhold Hiller (Lübeck):** So meine Damen und Herren, jetzt haben wir dem Fernsehen unsere Reverenz erwiesen, wir treten

ein in den weiteren Verlauf der Anhörung. Ich begrüße ganz besonders Frau Professor Ursula A.J. Becher, Frau Ilse Spittmann-Rühle und Herrn Direktor Dr. Peter Busse. Da ich nur eine formale Funktion im Moment habe, als einziger im Raum befindlicher Abgeordneter, gebe ich jetzt gleich das Wort weiter an Herrn Fricke.

**Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke:** Vielen Dank Herr Hiller. Meine Damen und Herren, nach der so fruchtbaren Diskussion heute vormittag, die eine Grundlegung war für die heutige Anhörung, werden wir uns in den folgenden zwei Stunden im Rahmen unseres Generalthemas speziellen Aspekten wechselseitiger Wahrnehmung im geteilten Deutschland zuwenden, nämlich einmal dem Bild des jeweils anderen Landesteils in den Schulbüchern, zum anderen in der veröffentlichten Meinung in den Medien. Ihre Ergänzung finden diese Aspekte dann durch Erkenntnisse der DDR-Staatssicherheit zur Wahrnehmung des Westens im Meinungsbild der Bevölkerung der DDR. Ich begrüße dazu im Podium die Historikerin Frau Professor Dr. Ursula A.J. Becher. Sie hat sich in ihrer wissenschaftlichen Arbeit ausführlich mit Theorie und Didaktik der Geschichte und mit der Problematik von Geschichtswissenschaft und öffentlichem Diskurs auseinandergesetzt, ebenso mit der Geschichte des modernen Lebensstils. Seit 1992 ist Frau Professor Becher Direktorin des renommierten Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig. Dann heiße ich willkommen Frau Ilse Spittmann-Rühle, Publizistin in Köln, als Sachkennerin ausgewiesen durch ihre jahrzehntelange Tätigkeit als verantwortliche Redakteurin zunächst der Zeitschrift „SBZ-Archiv“, seit 1968 „Deutschland-Archiv“. Die Redaktion des Deutschland-Archivs hat Frau Spittmann bis Mai 1995 geleitet. Zu ihren zahlreichen Publikationen gehören zwei DDR-Lesebücher, die sie gemeinsam mit Gisela Helwig herausgegeben hat, die heute geradezu Dokumentationen für die Wahrnehmung der DDR in der alten Bundesrepublik darstellen. Drittens begrüße ich in dieser Runde Herrn Dr. Peter Busse, Direktor beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, so die umständliche Bezeichnung der im Umgangsdenglisch kurz sogenannten Gauck-Behörde. Herr Busse ist promovierter Jurist und seit 1995, seit August 1995, in seinem heutigen Amt tätig. Von ihm werden wir hören, wie das Ministerium für Staatssicherheit die Wahrnehmung des Westens im Denken und Fühlen der DDR-Bevölkerung einst eingeschätzt hat. Ich denke, ich halte mich mit keiner Vorrede auf, sondern bitte die Teilnehmer, die paar Experten hier im Podium zunächst, daß wir ihre Statements entgegennehmen, Kurzvorträge von jeweils etwa 15 Minuten Dauer, um danach den Mitgliedern der Enquete-Kommission Gelegenheit zu Meinungsäußerungen und zu Fragen zu geben. Frau Professor Becher, Sie haben das Wort.

**Prof. Dr. Ursula A. J. Becher:** Dankeschön. Ich spreche hier als Schulbuchforscherin, nicht als DDR-Forscherin, denn das bin ich nicht. Es geht um das Bild, das in den Schulbüchern der beiden, wie wir heute sagen, Landesteile vermittelt worden ist. Der Forschungsstand ist noch nicht sehr gut. 1986 hat